Die deutsche Revolution – 1848/49

Am 18. Mai 1848 trat die deutsche Nationalversammlung zum ersten Mal in der Frankfurter Paulskirche zusammen. Die Delegierten sollten eine Verfassung erarbeiten und Parlamentswahlen vorbereiten. Sie bestimmten Heinrich von Gagern zum Präsidenten der Versammlung. Eine der ersten Amtshandlungen war die Bestellung des Erzherzogs Johann von Österreich zum Reichsverweser, also jenem Mann, der in Ermangelung einer Regierung und einer Verfassung die Amtsgeschäfte treuhänderisch verwaltete und bis zu freien Wahlen die Zentralgewalt im Deutschen Bund inne hatte.

Erzherzog Johann war Gegner der restaurativen Politik des österreichischen Außenministers Fürst Metternich, der der Organisator der Rückkehr zum „Ancien Régime“ – zur politischen Ordnung vor der Französischen Revolution – war. In der restaurativen Ordnung Metternichs war für einen deutschen Nationalstaat, wie er 1930 in Griechenland oder 1932 in Belgien entstanden war, kein Platz. Den Fraktionen in der deutschen Nationalversammlung war Erzherzog Johann ein geeigneter Kandidat, weil die Monarchisten den „Fürsten“, die Großdeutschen den „Österreicher“ und die Linken den „Volkstümlichen“ akzeptierten.

Aber die Probleme für die Delegierten der Nationalversammlung häuften sich. Im

Sommer 1848 kam es zu einem Konflikt zwischen Dänemark und dem Deutschen Bund, weil die „auf ewig ungeteilten“ Länder Schleswig und Holstein einerseits zu Dänemark und andererseits zum Deutschen Bund gehörten. Die Mehrheit in der Nationalversammlung plädierte für den Zusammenschluss der Herzogtümer und den Anschluss an den zu schaffenden deutschen Nationalstaat. Dänische Nationalliberale

forderten hingegen den Zusammenschluss Schleswigs mit Dänemark und waren bereit, dafür Holstein aufzugeben. Als sich am 24. März 1848 in Kiel eine provisorische Regierung von Schleswig-Holstein bildete, eskalierte der Konflikt. Der schleswig-holsteinische Krieg zwischen Dänemark und dem vom Deutschen Bund beauftragten Preußen endete am 28. August 1848 im Frieden von Malmö. Der von der Nationalversammlung gewünschte Anschluss Schleswigs an den Deutschen Bund wurde nicht erreicht. Die Nationalversammlung musste erkennen, dass sie – ohne eigenes Heer - die Interessen ihrer Mitglieder nicht schützen konnte.

Die Delegierten merkten zudem schnell, dass es nicht nur an einer eigenen Armee mangelte, sondern an allen anderen Zutaten, die zu einer Staatsgründung notwendig sind: Hauptstadt, nationale Institutionen, gemeinsame Gesetze oder eine gemeinsame Vorstellung, wer dem zu gründenden deutschen Reich angehören sollte. Die meisten Abgeordneten waren Akademiker mit der Neigung zu ausufernden Diskussionen. So verstrich wertvolle Zeit etwa mit Debatten über die Bürgerrechte oder die Meinungs- und Pressefreiheit, während zur gleichen Zeit die Gegner der Revolution ihre Kräfte mobilisieren konnten. Bis Ende Dezember 1848 debattierten sie über den Katalog der Grund- und Menschenrechte und verkannten dabei die tatsächlichen Machtverhältnisse.

Kernpunkt der Debatten aber war die Frage, welche Staaten zum deutschen Reich gehören sollten. Für die einen sollten es die Mitglieder des Deutschen Bundes, Preußen und Österreich sein – dies war die „großdeutsche“ Lösung. Für die anderen blieb Österreich außen vor – dies nannte man die „kleindeutsche“ Lösung. Beide Vorschläge waren faktisch nicht durchsetzbar. Die Befürworter der „großdeutschen“ Lösung träumten von einem Deutschland unter der habsburgischen Krone, sie schwärmten vom alten Kaiserreich des Mittelalters und ummantelten ihre Vorstellungen mit ein wenig liberalem Zeitgeist. Eigentlich aber wollten sie das 1806 durch die napoleonische Macht- und Hegemonialpolitik untergegangene „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ wieder beleben und übersahen dabei die vielen Millionen Nichtdeutschen, die dann auch im Deutschen Reich hätten leben müssen. Da dieser Plan unweigerlich die Spaltung Österreichs zur Folge gehabt hätte, überraschte das vehemente Nein des österreichischen Kaisers Franz Josephs I. nicht.

Aber auch die „kleindeutsche“ Lösung, die den Deutschen Bund und Preußen ohne Österreich umfasste, lehnte der österreichische Kaiser ab, da er dann seinen Einfluss auf Deutschland verloren hätte. Diese Lösung verfehlte zudem den Anspruch „alle Menschen deutscher Zunge“ im neuen Reich zu vereinen. So standen sich Monate lang die beiden Seiten unversöhnlich gegenüber, zumal sie auch in einer anderen Frage zerstritten waren: Soll das neue Reich eine Republik oder eine konstitutionelle Monarchie werden?

Am 27. März 1849 wurde abgestimmt: eine knappe Mehrheit votierte für eine konstitutionelle Monarchie mit dem preußischen König als deutschem Kaiser an der Spitze. Umgehend wurde eine Delegation nach Berlin geschickt, um Friedrich Wilhelm IV. die Krone anzutragen. Dieser aber lehnte schroff ab. Für ihn war es eher ein „eisernes Hundehalsband“, das ihm die Nationalversammlung anlegen wollte. Weil er sich nicht von der „Kanaille“ krönen lassen wolle, vergab er die letzte Chance der Deutschen sich in einer vom Volk getragenen Bewegung zu einem Nationalstaat zusammen zu schließen.

Mit Friedrich-Wilhelms Ablehnung war die Revolution gescheitert, einige Einzelstaaten nahmen liberale Reformen zurück und versuchten eine zweite Restauration wie nach dem Wiener Kongress 1815 einzuleiten. Die Nationalversammlung löste sich nach wenigen Wochen auf, letzte Truppen kapitulierten wenig später in Rastatt. Die Abgeordneten waren an der fehlenden Machtbasis ebenso gescheitert, wie an der von ihnen nicht gelösten Frage der Staatsgrenzen. Ein Ausschluss Preußens und Österreichs hätte den faden Beigeschmack gehabt, einen deutschen Rumpfstaat etabliert zu haben, der – wie der Deutsche Bund - allein nicht überlebensfähig und vom guten Willen der beiden übrigen „Deutschländer“ abhängig gewesen wäre. Die Einbeziehung Preußens und Österreichs hätte in beiden Ländern zwangsweise große innere Probleme heraufbeschworen, weil große nicht deutsche Bevölkerungsgruppen dort lebten. So blieb es vorerst beim Status Quo in der Mitte Europas. Aber die Ereignisse der deutschen Revolution machten deutlich, dass die Gefahr einer Destabilisierung größer geworden war. Rund 22 Jahre später wurde dann doch ein deutsches Reich gegründet, allerdings ohne die Beteiligung des Volkes. Die Gründungszeremonie fand im Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles statt. Dieses Mal lehnte der preußische König Wilhelm I. die Kaiserkrone nicht ab.